

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 33

Graz, September 1927

1. Jahrgang

Die Seipelsche Zwanzigtagerente.

Seipel, der katholische Priester, der einen dreifachen Gehalt bezieht, als Kanzler, als Professor und als ehemaliger kaiserlicher Minister, hat durch die Regierung im Auftrage der Banken, Industrie und Großgrundbesitzer den über 60 Jahre alten Arbeitslosen ein Drittel der Unterstützung rauben lassen.

Die Arbeitslosen, die am 1. Oktober 60 Jahre waren und all diejenigen Arbeitslosen, die nach den 1. Oktober 60 werden, bekommen monatlich statt 30 Tage nur mehr für 20 Tage die Unterstützung.

Die Alten haben den Wisch schon in der Hand. Mit 42—46 Schilling, das sind die Durchschnittsrenten, sollen sie nun leben. Vielleicht fällt es einen ein zu sagen: „Ja in der Monarchie haben die Alten garnichts bekommen.“ Das stimmt zwar. Aber eines haben wir damals auch nicht gehabt: Die große Arbeitslosigkeit und die niederen Löhne. Früher konnte der bei der Arbeit grau gewordene zur Not zu seinen Anverwandten, vielleicht zu seinen Kindern gehen. Heute? Heute leidet selbst die ganze Bekannte- und Verwandtschaft Hunger. In jeder Familie gibts Arbeitslose. Überall ist schmale Küche, so daß von unseren Alten kaum einer auf fremde Hilfe bauen kann. Wenn er nicht selbst sein Auslangen findet, ist er verlorren und kann verhungern. In dieser Situation stehen heute die von der Seipelrente Betroffenen. Auf Hilfe durch Verwandte können sie nicht rechnen, weil heute jeder froh ist, wenn er sich allein durchschlagen kann und die Seipelrente ist nichts anderes als ein verlängerter Strid. Wo in Osterreich gibt es einen Ort, wo man für 42—46 Schilling auf ein Monat Kost und Quartier bekommt. Den Ort soll uns der katholische Prälat Seipel zeigen. Ein solcher Ort existiert überhaupt nicht, er existiert selbst dort nicht, wo die Schwarzen Auspeisestellen haben, in denen Fingerhutportionen verabreicht werden. Also müssen die Alten den Hungerriemen noch enger zusammenschürren. Der Zucker zum Schwarzen in der Früh muß auch noch gestrichen werden. Erdäpfel mit Schwarzen ohne Zucker, so wird der Lebensabend der Arbeiter verbittert.

Alterschwäche aus Mangel an Nahrung muß den Seipelrentner das Genick brechen: Auf ihr Grabkreuz steht die Worte:

**Hier ruht N. N.
gestorben an der Seipelrente.**

Allen Werktätigen hat der Bürgerblock mit diesen Verbrechen den Beweis geliefert, wie stark er sich schon fühlt und was wir noch zu erwarten haben. Die Christlichsozialen, die Diener der Nächstenliebe, die Deutschnationalen des deutschen Volkstums Hüter, die Banerwandler, alle wollten es, daß die Alten um ein Drittel weniger als die Arbeitslosen-Unterstützung bekommen.

Die Beiträge der Arbeiter zum Arbeitslosenversicherungsfond wurden für die Kür-

zung erhöht. In der 10. Lohnklasse wird den Arbeitern 21 Groschen mehr abgezogen.

Was sagten die Sozialdemokraten?

Die Sozialdemokraten haben dreimal beantragt, den Alten die Unterstützung nicht zu kürzen. Dreimal wurden sie von den Bürgerlichen überstimmt und dann haben auch sie die Waffen gestreckt. War das genügend? Nein! Wenn die Bürgerlichen 20.000 Menschen, alte Arbeiter dem Verhungern ausliefern und zu Friedhof-Kandidaten stampeln, dann müßte der Widerstand, den man einem solchen Verbrechen gegenüber stellt größer, weit größer sein, als es der Fall gewesen ist.

20.000 Arbeitsgreife

wären zumindest eine Obstruktion im Parlament wert gewesen, über die jede andere Verhandlung hätte klöpseln müssen.

20.000 Arbeitsgreife

vor dem Verhungern! Wo blieb eine gemeinsame öffentliche Protestaktion aller Werktätigen? Unter diesen 20.000 befinden sich die ersten Kämpfer, die ältesten Pioniere der österr. Arbeiterbewegung. Viele von ihnen sind an der Wiege der sozialdemokratischen Partei gestanden. Sie, die einstmaligen Zeugen des heroischen Kampfes waren, der gegen jede neue Steuer, gegen jeden neuen Zoll, gegen den kleinsten Raub geführt wurde, schütteln heute die Köpfe, daß die sozialdem. Führer in ihrer Sache

nur im Parlament

den Bürgerlichen gegenübergetreten sind und hier nicht mit allen Mitteln und die Masse der Arbeiter gar nicht zum Protest aufgerufen haben. Sie erkennen am Ende ihres Lebens, daß die sozialdem. Partei sich arg gewandelt hat: von einer Klassenkampfpartei zur kleinbürgerlichen Partei.

Zur Linderung ihrer Not.

Noch könnte aber manches zur Linderung der Not, von der die alten Frauen und Männer betroffen sind, geschehen. Den sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden fiel jetzt die Aufgabe zu, das, was die christlichsoziale Bundesregierung verbrochen hat, einigermaßen zu lindern, und zwar durch Auspeisung der Kinder, wo bei den Alten noch welche zu versorgen sind, durch billige Brennstoffbeschaffung, Befreiung von allen Steuerabgaben, die mit der Miete verbunden sind, und Befreiung von den Reparaturkosten und finanzielle Zuwendungen. Im Rahmen der Gemeindepolitik könnte bei gutem Willen und konsequent proletarischer Einstellung manches zur Linderung geschehen. Die sozialdem. Partei wird auf unsere Vorschläge sich äußern müssen. Schweigt sie und treten die Sozialdemokraten in der Gemeindefuge nicht für Linderungsmaßnahmen ein, dann werden auch die Alten dafür sorgen, daß Vertreter in die Gemeindefuge kommen, die das Schweigen brechen.

Die Reaktion in Bormarisch gegen das Proletariat.

Kerker!

Von den Angeklagten des 17. Juli wandert einer nach dem andern in den Kerker. Schimpfworte, Nichtbefolgung einer Aufforderung oder Anhalten eines Autos um die Verwundeten zu retten, wurde bisher mit einem bis vier Monate bestraft. 20 standen bereits vor dem Richter, 35 sollen noch folgen.

Beschlagnahmung.

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei (Opposition) die „Arbeiterstimme“ wurde auf Befehl des Wiener Staatsanwalts beschlagnahmt und noch bei Nacht Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es ist dies die 3. Beschlagnahmung der „Arbeiterstimme“ innerhalb kurzer Zeit. Der verantwortliche Redakteur Genosse Kurt Landau wurde wegen Aufwiegelung unter Anklage gestellt.

Presseverfolgung.

Gegen Friedrich Kozary, Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „der republikanische Beamte“, wurde von der Staatsanwaltschaft Wien die Anklage wegen Verbrechens der Aufwiegelung erhoben.

Verhaftung.

Die Polizei verhaftete Genossen Koritschoner, weil er durch eine öffentliche Versammlungsrede das Verbrechen der Aufwiegelung beging.

Die Bourgeoisie zeigt dem Proletariat, daß der Staats- und Nachtapparat auch in der demokratischen Republik in ihren Händen ist. Wir lernen daraus, daß wir unseren Staat, den Arbeiter- und Bauernstaat, in dem die Werktätigen, und nur diese die Führung in Händen haben, erst erkämpfen müssen.

Berichtigung.

Es ist unwahr, daß meine Untermieter „buchstäblich im Dreck liegen und Gläser und Waschschüssel schmutzig sind“. Wahr ist, daß ich die Bettwäsche monatlich wechsle und die Betten frisch überziehe. Wahr ist ferner, daß Gläser, Teller und Waschschüssel täglich gereinigt werden. Wahr ist, daß ich die Wohnung überhaupt stets regelmäßig ordentlich säubere.

Unwahr ist, daß ich den Erlös aus den Zimmermieten als Krüchenspenden abliefern. Wahr ist vielmehr, daß mir viele Untermieter sehr oft den Mietzins monatelang schuldig bleiben oder oft gar nicht bezahlen.

Wahr ist außerdem, daß ich als vollkommen alleinstehende Frau ohne jede Pension oder irgendwelchem anderen Zuschuß vonseiten Verwandter von dem Erlös der Mietzimmer leben muß. Mein Einkommen reicht knapp zu meinem Lebensunterhalt hin.

Diese Berichtigung entspricht nicht dem Preßgesetz. Wir bringen sie aber trotzdem, um von der „grenzenlosen Wahrheitsliebe“ der Frau Gutmann, Hörberggasse 7, 3. St., allen, die sie kennen, einen Beweis zu liefern.

Vom Berliner „Vorwärts“ abgedruckt!

Unter dem Titel „drei Wochen in Moskau. Einbrüche eines Sozialdemokraten, brachte der „Arbeiterwille“ am 15. September einen Artikel, der dem Berliner „Vorwärts“, dem Zentralorgan der S. P. D. (sozialdemokratische Partei Deutschlands) entnommen war. Es soll gegen Rußland Stimmung machen, die Lage dort ins schiefe Ziel stellen. Um das zu erreichen, fälschte der Berliner „Vorwärts“ zum Teil die Rede eines gewissen Dr. Friedländer, der als Sozialdemokrat in Rußland war.

So fing Friedländer nicht mit einer Verdächtlichmachung der kommunistischen Propaganda, der Umschriften „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ an, sondern umgekehrt mit einem scharfen Angriff auf das konterrevolutionäre Polen, um gerade daran zu beweisen, wie anders Sowjetrußland auf einen Sozialdemokraten wirke. Schon die Aufschrift „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“, die Verwendung von Hammer und Sichel als Schutzzeichen, beweisen, daß man in einem Land ist, wo die Arbeiterschaft herrscht.

Der Vortragende erklärte auch ausdrücklich, daß es der russischen Votjschaft, wo er um einen Paß gebeten hat, bekannt war, daß er Sozialdemokrat ist. Wörtlich erzählte Friedländer, er habe auf der Votjschaft bei der Ausstellung des Passes spöttisch bemerkt, er hätte „einen Fehler“, nämlich überzeugter Sozialdemokrat zu sein, ob deswegen ihm der Paß verweigert würde. Ausdrücklich sei ihm geantwortet worden, daß nichts dagegen einzuwenden sei. Der erste „Rußland-Delegierte“ des „Vorwärts“ ist also nicht auf Umwegen, sondern direkt mit Wissen der Sowjetvotjschaft als Sozialdemokrat nach Rußland gereist. Auch über die Arbeitslosigkeit hat der Redner wahrheitsgemäß berichtet. Die Arbeitslosigkeit bestehe nicht wie in Westeuropa deswegen, weil die Industrie nicht voll ausgenutzt würde, sondern trüge agrarischen Charakter, d. h. entstehe durch den Zustrom vom Lande.

In einigen Punkten blieb der „Vorwärts“ sogar bei der Wahrheit und zwar in den Fällen, wo er den Dr. Friedländer berichten läßt, daß in Rußland die Betriebe von Arbeitern geleitet werden, daß der Wohnungszins nach dem Einkommen berechnet wird, (wo gibt's so etwas bei uns?) die Industrie zu 80 Prozent sozialisiert ist, der Privathandel (die armen Händler!) mit Steuern belegt ist, die ihm fast erdrückt und daß kein leitender Kommunist (auch der Präsident der S. P. D. jetunion) mehr bekommt als 225 Rubel im Monat, während technische Direktoren viel höher kommen.

Wenn der Berliner „Vorwärts“, das Zentralorgan der S. P. D. die einen Moske ihr Parteimitglied nennt, zum Schluß des Artikels erklärt, die soziale Lage Rußlands ist sehr schlecht, so ist dies nur zu begreiflich, weil der Berliner „Vorwärts“ sich nur dort wohl fühlen kann, wo der Kapitalismus noch am Ruder ist.

Die S. P. Arbeiter haben uns mehrfach über diesen Artikel im „Arbeiterwille“ bestritten. Damit sich die Arbeiter in Zukunft gleich auskennen von wo der Wind weht, soll der „Arbeiterwille“, wenn er Artikel aus dem Berliner „Vorwärts“ abdruckt, seine Quellen benanntgeben, dann wird jeder wissen, was er davon zu halten hat.

Freigewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Arbeitslosenausschuß?

In diesem Sinne muß nun die Frage der Vereinigung des freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses mit dem Zentral-Arbeitslosenausschuß aufgestellt werden, da der Vertreter der Landesgewerkschaftskommission, Sekretär Wagner, die politischen tatsächlichen Differenzen in der Arbeitslosenversammlung als Hindernis in den Vordergrund stellte. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß wir bei eventueller Vereinigung unsere Meinungen unterdrücken lassen können. Wir halten es im Gegenteil für unsere Pflicht unsere Meinung zu äußern. Wenn, wie Sekretär Wagner erklärt, die politischen Diffe-

renzen das Hindernis des Zusammenschlusses beider Komitees sind, so müssen wir fragen: Ist nach den Statuten der freien Gewerkschaft Österreichs Kommunisten der Eintritt in dieselben verboten? Nein! Können Kommunisten nicht in das freigewerkschaftliche Komitee hineingewählt werden? Selbstverständlich ja. Die Gewerkschaftskommission Graz stand bisher auf dem gegenteiligen Standpunkt. Bleibt sie dabei, dann darf sie dem freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschuß nicht die Bezeichnung „freigewerkschaftlich“ geben, sondern sie muß das Kind beim wahren Namen nennen und „sozialdemokratischer Arbeitslosenausschuß“ sagen. Denn freigewerkschaftlich heißt nicht sozialdemokratisch, wenn sie auch als politische Richtung innerhalb der freien Gewerkschaften die Führung haben. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit unsere Meinung teilt. Wir werden deshalb auch nicht erlahmen, immer wieder die Forderung nach Vereinigung beider Komitees zu stellen, aus Gründen, wie wir sie in der vorletzten Nummer des „Mahnruf“ dargestellt haben.

Das Zentral-Arbeitslosenausschuß.

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Von Josef Frey.

Wie wirkt sich die Massenarbeitslosigkeit wirtschaftlich aus auf die Betriebsarbeiter?

Welches ist der furchtbare Gehel, womit die Unternehmerschaft die Löhne niederhält, die Arbeitszeit weitet, die Arbeitsintensität steigert, die Rechte der Arbeiter im Betrieb und die Rechte ihrer Betriebsräte schmälert, durchbricht? Dieser Gehel ist die Heinenarmee der 300.000 Arbeitslosen!

So wenig die Arbeitslosigkeit ist eine Sache bloß der Arbeitslosen, so wenig sind Löhne, Arbeitsintensität, Arbeitszeit usw. eine Sache bloß der Betriebsarbeiter.

Damit der Kampf um höhere Reallöhne und um bessere Arbeitsbedingungen überhaupt (insbesondere was Arbeitsintensität und Arbeitszeit betrifft) größere Erfolge bringt, darf er nicht isoliert geführt werden, sondern muß kombiniert werden mit dem Kampf nicht bloß und nicht so sehr um die Binderung der Lage der Arbeitslosen, sondern vor allem mit dem Kampf um wirkliche, wirksame Eindämmung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, also mit dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit selbst.

Das wirtschaftliche Hauptthema, sei es für das Gesamtproletariat, sei es für irgendeinen beliebigen Proletarier, eine wirtschaftliche Besserung zu erzielen ist die Massenarbeitslosigkeit. So laßt auf uns allen, sie drückt und hemmt uns alle auf Schritt und Tritt, sie ist die Hauptwaffe der Ausbeuter im Kampf gegen die Betriebsarbeiter, sie ist heute wirtschaftlich das allerentscheidendste Zentralproblem der gesamten Arbeiterklasse.

Und wie sieht es politisch? Woher nimmt die Bourgeoisie den Mut zu ihrer politischen Offensive, die sie nun schon bis zum Massenmord vom 15. Juli gesteigert hat und weiter zu steigern vorhat, bis zum blutigen Staatsstreich gegen die demokratische Republik?

Auf dem Auspielen des Arbeitslosenheeres gegen die Betriebsarbeiterschaft bewegt sich die Offensive der Unternehmern im Betrieb, bewegt sich die Offensive der Kapitalisten in Staat, Land, Gemeinde, bewegt sich mit ihren faschistischen Methoden die gesamte bürgerliche Konterrevolution.

Es ist ein Grundfehler, den unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftslaktik, die ganze Betriebsarbeiterschaft macht, daß sie bei ihren Kämpfen die Massenarbeitslosigkeit lediglich als „Schwierigkeit“ einfaktoriert und darüber hinaus in der Hauptsache nur den Kampf kennt für die Binderung der Not der Opfer der Wirtschaftskrise, statt alle ihre Kämpfe zweckentprechend zu verbinden

mit dem ernststen Kampf für wirksame Eindämmung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Es ist ein Grundfehler der Arbeitslosenbewegung, daß sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zwar in Worten, aber nicht in ihrer tatsächlichen Taktik als Sache der gesamten Arbeiterschaft auffaßt, sondern auffaßt und praktisch führt nur als Kampf der Arbeitslosen und sich so praktisch und faktisch von der Betriebsarbeiterschaft isoliert.

Die Einheitsfront des Proletariats herstellen heißt in Österreich vor allem herstellen die Kampfeinheitsfront der Betriebsarbeiter und der Arbeitslosen.

Ob Arbeitsloser oder Betriebsarbeiter, ob Betriebsarbeiter oder Arbeitsloser: in der Frage der Arbeitslosigkeit geht es um alle Arbeiter! Als Gedanke leuchtet das jedem Arbeiter bei einiger Überlegung ein. Aber vom Gedanken bis zur Tat, das ist ein langer Weg. Mit dem Zuredesystem ist da gar nichts zu erzielen. Das allgemeine Zureden von der Notwendigkeit der Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den Arbeitslosen bringt weder die einen, noch die anderen auch nur um einen einzigen Schritt vorwärts.

Nur wenn die Arbeitslosen ihren Kampf auf solche Lösungen konzentrieren, die nicht nur dem Interesse der Arbeitslosen dienen, sondern ebenso sehr unmittelbar den ureigensten Lebensinteressen der Betriebsarbeiter, werden sie die Betriebsarbeiterschaft für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mobilisieren. Für solche Lösungen werden die Betriebsarbeiter kämpfen: nicht weil es Arbeitslosenforderungen sind, sondern weil ihre eigenen Mageninteressen, ihre Existenzinteressen sie dazu treiben.

Die Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen ist unbedingte Notwendigkeit für die Arbeiterklasse. (Fortsetzung folgt.)

Alles geht den Bürgerlichen in Erfüllung.

Den Arbeitslosen hat die Seipelregierung ein Drittel der Unterföhung gestohlen. Am 15. September hat der Zollausschuß mit Stimmenmehrheit der Bürgerlichen die Erhöhung des Mehlsolles beschlossen. Bald wird das Brot teurer werden. Dann wird beim Mieterschutz wieder etwas verschlechtert werden und so geht es schon seit langem. Keine aktive Abwehr, nur immer die Vertröstung auf den Wahlag. Dabei kommt das Proletariat am Hundt. Ist es nicht so? Betrachtet nur euer Hungerdasein.

Der weiße Haba bleibt.

Wie unter den Genossen Freidentern bekannt sein dürfte, wurde Genosse Frach wegen angeblichem Mißbrauch und Vergehen gegen die Statuten seiner Funktion als Schriftführer in der Gruppe II enthoben. Die Anlagepunkte standen auf so schwachen Füßen, daß Gen. Frach, ein aufopferungsvoller Arbeiter für die proletarische Sache und ein guter Kämpfer gegen die Kirche, vom Schiedsgerichte mit der Stimme des Vorstehenden wieder in seine Funktion eingesetzt wurde. Es ist erfreulich, daß der Schachjug „Gewisser“, denen Frach „zu links“ stand, mißlang und das ganze Bestreben jener, die einem weißen Haba die Flügel stutzen wollten, zunichte geworden ist!

Der antifaschistische Aufstand in Litauen.

Seit dem Dezember 1926 regiert in Litauen eine faschistische Regierung, gestützt auf die Kreise der Großgrundbesitzer und der Offiziere. Wegen dieses Gewaltsystems erhoben sich am 9. September die Arbeiter der Kreisstadt Tauraggen. Der Aufstand mißlang. Die faschistische Besatz Litauens watel in Blut. Massenhinrichtungen, darunter Jugendliche unter 16 Jahren, krönten den Sieg der Faschios. Mehr als 1000 Personen liegen in den Kerker und werden gefoltert. Unverlässliche Kompagnien wurden entworfenet. Die faschistische Offiziers- und Großgrundbesitzerclique übt ein Schredenssystem.

Verbreitet den „Mahnruf“!

Bürgerliche Demokratie und Proletariat.

„Die Kommunisten sind die Schrittmacher der Reaktion. Indem sie den Glauben an die Demokratie in der Arbeiterklasse untergraben, bahnen sie der faschistischen Reaktion den Weg.“ So rufen und die kleinbürgerlichen Söghenanbeter der Demokratie seit fast einem Jahrzehnt zu, seit jenen Tagen, die wahrhaftig die Welt erschütterten, seit den Oktobertagen der russischen Revolution 1917. Muß das Proletariat wirklich die bürgerliche Demokratie beseitigen, um zur Macht zu gelangen, kann es wirklich nur mittels der revolutionär eroberten Staatsmacht — der proletarischen Diktatur — die wirkliche Demokratie in politischer und sozialer Beziehung erreichen?

Jetzt, nach dem furchtbaren Massaker, das die bürgerliche Demokratie am 15. und 16. Juli in den Straßen Wiens veranstaltete, beleiße nicht um ihre Herrschaft zu verteidigen, sondern einzig und allein zu dem Zweck, um mit blutiger Gewalt der Arbeiterklasse beizubringen: Herr im Staate bin ich, die Bourgeoisie, und ich werde es bleiben, trotz Wahlzettel, Gesetz und Volksmeinung, kraft der bewaffneten Gewalt, kraft der Nachtorganisationen, über die ich verfüge — jetzt, nach den Erfahrungen der Julitage, stehen die Arbeiter Österreichs am Scheidewege. Was ist für sie die Demokratie? Wir sagen, nichts, als der günstigste Kampfboden, um die Kräfte des Proletariats zu sammeln, zu schulen, nicht zur Söghenanbetung dieser Demokratie, sondern zum Sturz der bürgerlichen Demokratie, in der der Weltfrieden kommandiert und zur Aufrichtung der proletarischen Demokratie, des Rätestaates. Was aber sagen unseren Arbeitern die Kleinbürger von der S. P. Führung. Haben sie gelernt aus den Erfahrungen? Ach nein, sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Aber die bürgerliche Demokratie hat doch zur offenen Niedermetzelung der Arbeiter ausgeholt? Wie reimt sich das zu den schalen, langweiligen Sitaneien unserer Kleinbürger, die heute noch, als ob nichts geschehen wäre, schreiben: „Man nennt die politische Demokratie, die in Gesetzen verankerte, manchmal eine formale Demokratie; aber dennoch ist auch die politische Gleichheit beileibe keine Formalität. Sie kann vielmehr eine revolutionäre Kraft werden, die allmählich, die soziale Gleichheit unterhöht, die Ungleichheit, die sie aus den Gesetzen gestiftet hat, auch in den Tatsachen beseitigt; die ungeführte, ungehemmte Demokratie, die, indem sie die politischen Rechte der besitzenden Klassen beseitigt, das Recht der Welt schon binnen einem Jahrzehnt so gründlich umgestaltet hat, vermag auch die sozialen Vorrechte zu beseitigen.“ (Arb.-Zeitg., vom 11. September 1927.)

Wie reimt sich das? Eben überhaupt nicht. Während die Söghenanbeter der Demokratie die Fäße lachen, schießt der Göze kalt lächelnd in die Arbeitermassen, um sie das „Bel“ und „arbeiten“ zu lehren. So geraten die kleinbürgerlichen Söghenanbeter in einen steigenden Widerspruch zur harten, unbelehrbaren Wirklichkeit. Was tun? Den Söghen verbrennen, was man vergöttert hat? Unzulernen, revolutionär zu werden, Marx und Lenins Lehren zu erlassen? Wer das von diesen, im bürgerlichen Denken erstarren, mit dem Bürgertum tausendfach verflügten Kleinbürgern erwartet, ist ein Narr. Was aber müssen sie tun, damit der Widerspruch zwischen ihren Lehren von der alleinigmachenden Demokratie und der blutigen Wirklichkeit nicht offenbar wird? Sie fälschen einfach die Geschichte, die Tatsachen, wie sie einst die Lehren von Marx gefälscht haben: Ihr glaubt, es war die Reaktion, die am 15. und 16. Juli Eure Väter, Brüder, Eure Kinder niedermetzelt, die Euch niederschloß, wie Franz Ferdinand nicht einmal Rehe auf seinen schmählichen Jagdausflügen niedermachte? Ihr irrt Euch. Unser roter Napoleon im Tschekenformat, Julius Deutsch, belehrt uns: „Der 15. Juli war kein Putsch der Reaktion, sondern ein Zusammenstoß aufgeregter

Menschenmassen mit einer schlecht geführten Polizei.“ Jetzt wissen wir's.

So müssen sie die Tatsachen fälschen, um ihr schmähliches Verhalten rechtfertigen zu können.

Die Arbeiterklasse erkaufte jeden Schritt Erkenntnis mit schweren Opfern. Unermüßlich sind die Opfer der Julitage. Die Reaktion triumphierte. Ihre Klassengerichte arbeiten mit Vollwamp. Ihre dunkelsten Häupter wütern Morgenluft.

Die Niederlage der Julitkämpfe kann zum Ausgangspunkt des Aufstieges der Arbeiterklasse werden, wenn sie die große Lehre, die ihr die Bourgeoisie gegeben, erfaßt: die Arbeiterklasse kann die bürgerliche Demokratie nicht mit „geistigen Waffen“ erobern, sie kann weder mit Stimmzetteln die bewaffnete Gewalt der Bourgeoisie brechen, noch kann sie mit Worten die bewaffnete Offensive der Reaktion zum Stillstand bringen. Klassenkampf, unversöhnlichen und unerbittlichen Kampf gegen die Bourgeoisie, das ist der Weg, die revolutionäre Eroberung der Staatsmacht, die Errichtung der proletarischen Demokratie, des Rätestaates, das ist unser Ziel.

Aus dem Arbeiterleben

Die Angleichung der Eisenbahnruheföhdler.

Wer viel hat, soll noch mehr haben,
Wer wenig hat, lasse sich begraben.

Das ist höchst wahrscheinlich der Leitgedanke unserer Führer, da jetzt am 1. Oktober die Ruheföhdler (Unternehmerpensionisten) außer der monatlich S 50—90 — und noch mehr — erhöhten Pension noch die 2. Rate für das Halbjahr 1925 nachbezahlt erhalten, welche einen Betrag von 300 bis 500 S und noch mehr ausmacht, während die Alten und sogenannten Alpenpensionisten (besser gesagt Abgebaute 1923) auf demselben Niveau der Jungpensionisten stehen, worüber eine begreifliche Empörung platzgreift. Die übrige Bevölkerung versteht diese Empörung in anderer Weise, wenn wir ihr vor Augen führen, daß unter dem zurückgesetzten Teil der Pensionisten, meist Vollblutbahnarbeiter wie Lokomotivführer, Fahr- und Versuchspersonal ist. Der Dienst dieser und nur dieser Kategorien ist von ausschlaggebender Bedeutung. Diese sind es, die den Gefahren und allen Bitterungsverhältnissen ausgesetzt sind. Deshalb wurde ihnen schon immer eine gute Altersversorgung versprochen. Umso besorglicher wirkt es, daß andere Kategorien, wie Werkstätten-, Magazin- und Rangierpersonal, deren Dienst leichter ist, die Alpenpensionisten mit ihren Pensionen bei weitem übertreffen und noch immer mehr bekommen, ganz nach dem Motto „Wer viel hat...“ Viele von uns sind schon der Überzeugung, daß dieses nur in Österreich existierende Gewerkschafts- und Parteikunststück erst dann gebrochen wird, wenn sich alle um ihr Recht Betrogenen einer tabularen Richtung anschließen. Wäre es der sozialdem. Parteiführung ernstlich um die Angleichung zu tun, sie hätte jetzt im Nationalrat Kollegenkrit gehabt, gegen die Wünsche der Bourgeoisie, die Herabsetzung der Werkstätten-, darunter die Angleichung, zu präsentieren. Wenn so weiter geht, kommt die Angleichung erst mit dem Absterben der Alpenpensionisten. Ein besonderes Kapitel ist die Tatsache, daß der Bund an die Bundesbahnen seit 1924 für die Alpenpensionisten 48.6 Mill. Schilling plus 15 Proz. Erhöhung 1927 zahlt. Da aber die Alpenpensionisten nicht ewig leben, es sterben jährlich zirka 5 Proz., so steckt die Bundesbahn den Betrag, der auf die Abgestorbenen entfällt, ein, statt ihn durch Erhöhung der Renten an die Alpenpensionisten zur Auszahlung gelangen zu lassen. Nicht einmal das war die Gewerkschaftsführung imstande, von der österr. Bundesbahn zu erreichen, obwohl der

Vizepräsident der Bundesbahnen, Smergal, zugleich Obmann der Gewerkschaft ist. Lamentlich, dem Ex-führer, denn eigentlich ist es König Smergal, erklären wir, daß er mit der im Vorjahre im Budgetausföhd abgegebenen Erklärung, daß die Alpenpensionisten mit der 15 Prozent. Erhöhung, die damals erfolgte, einen Schritt vorwärts gemacht haben, nicht Recht hat, weil die neuerliche Kiefendifferenz in den Pensionen bezügl. der Alt- und Neupensionisten die damalige Erhöhung bei weitem aufgehoben hat. K. Kaspbauer.

Verbrechen, die nicht bestraft werden.

Wutle der Präsident der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft hat mit seinen Hintermännern Milliarden Kronen aus dem Unternehmen unterschlagen. Ganz Österreich weiß das, die Spähen pfeifen es auf den Dächern. Durch diese Unterschlagungen, durch seine Schiebungen hat er hochwertige Produktionsstätten auf den Fund gebracht. Dadurch hat er die ganze Bevölkerung des Reviers geschädigt. Wutle hat zehntausend Bergarbeiterexistenzen durch seine Machinationen vernichtet.

Gegen Wutle findet sich in Österreich kein Staatsanwalt.

Hohlen sich aber Bergarbeiter Kohlen von den Galben, dann ist der Richter sofort zur Stelle.

Die Alpine Montangesellschaft und die Bodenkreditanstalt haben von der Seipelregierung den Auftrag bekommen, die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft, nachdem sie von Wutle abgewirtschaftet wurde, solange zu verwalten, bis eine Kapitalistengruppe den Besitz erwirbt. Hat Wutle die Betriebe abgewirtschaftet, so werden sie jetzt von der Alpine Montan- und Bodenkreditanstalt vollkommen ruiniert. Die besten Schachtanlagen, gute Glangkohlenlager, Stätten, wo Hunderte arbeitsloser Bergarbeiter Arbeit finden könnten, werden unter Wasser gesetzt, ertränkt. Ist das nicht Wahnsinn? Es ist aber gar nicht Wahnsinn, es ist ein schlauer Plan. Die Alpine und die Bodenkreditanstalt wollen die Wutle-Unternehmungen erwerben. Um sie billig zu erwerben, vernichten sie viele Schachtanlagen mit der Begründung, sie seien wertlos, unproduktiv. Nach Jahren, nachdem sie das Revier billig in die Hand bekommen haben, werden sie die heute zerstörten Schachtanlagen wieder in Betrieb setzen. Bis dahin können aber die ganzen Bergarbeiterexistenzen mit ihren Familien zugrundegehen.

Kein Staatsanwalt erhebt dagegen Anklage.

Warum auch, was hier vor sich geht, ist kapitalistische Wirtschaftsordnung und gegen die steht kein Staatsanwalt auf. Diese werden die Arbeiter selbst beiseite räumen und dann wird auch dieser Wahnsinn ein Ende nehmen.

Aus der Galerie der Hausbesitzer.

Es kommt immer dicker.

Unsere Galerie der Hausbesitzer belam Zuwachs. Wir stellen ihn vor: Öster Josef, Eggenberg, Bienenhalsgasse 23, fromm, geht mit seiner Ehehälfte, parodon Tochter, fleißig in die Kirche, peinigt die Mieter so ähnlich wie der Mieterföhd, und betet täglich mehrere „Vater unser“ für den Sieg über die rote Bagaföhd und auf einen baldigen Abban des Mieterföhd. Mutter hat er klomweise am Kopfe, wozu er immer vergißt und an die Sonne geht. Die Bienenhalsgasse spricht von einem Blutschänderprozeß, der demnächst stattfinden soll. Drei Kinder haben das Licht der Welt erblickt. Vielleicht wars aber doch nur eine unbedeckte Empföngnis. Öster ist ein guter Christ. Wer unter seinem Dache wohnen will, wird aufmerksam gemacht, daß er die Fenster putzen und schmücken muß bei Frohnleichnam und Auserziehung. Güter auch vor den Pharisäern, steht in der Bibel. Der Mann ist voll der Nächstenliebe, so wie es ihm sein „Drei einiger Gott“ vorschreibt. Er wünscht, das die rote Burg (Mariengasse) angezündet werde. Vielleicht ist das der Ausdruck seines Krames über den Verlust

des Justizpalastes. Die Galerie ist wie erschüttert um ein Bruchtemplar reicher geworden. Man sollte sie alleamt in einem großen Affentag der Öffentlichkeit zur Schau stellen. Überschrift: Hausbesitzer! Nicht zu nahe kommen! bisjia!

Greignisse der Woche

Aus der Schule von Heimwehren gewaltsam vertrieben wurde der sozialdemokratische Oberlehrer Rabusch im Hause Rallental, weil er die Heimwehren am 15. Juli von der Genbarmerie aus der Schule, wo sie ihr Hauptquartier aufschlugen wollten, vertreiben ließ.

Der Penstahl beim Zentralfriedhof, die Nachtlagerstätte vieler Obdachloser, ist abgebrannt.

Ein schmutziger Tintenfall des „Arbeiterwillen“ schreibt über die Arbeitslosen-Versammlung in der Nummer vom 18.: „Der Kommunist Pfneißl versuchte die Leidenschaft der Versammelten über die unmenschlichen Entscheidungen der Schieds- und Industriellen Bezirkskommission aufzureißen“. Der Schreiber dieser Zeilen weiß wahrlich nicht, was auspeitschernd wirkt, die Beschlässe der J. B. R., die Hunderte an den Rand des Verhungerns gebracht hat, oder Worte. Daß er es nicht weiß, beweist, daß es ihm sehr gut gehen muß.

Die Einführung der Todesstrafe wurde vom Abgeordneten Schönbauer (Landbund) im Justizauschuß beantragt.

Prälatenmethoden. Die Kranken der Buda-pesther Universitätsklinik wurden mit verdorbenen Fleisch versorgt. Auch sonst waren arge Mißbräuche. Der Prälat und Universitätsprofessor Siegescu, der daraus Kapital geschlagen hat, wurde gegen eine Kaution von 50.000 Pengo aus der Haft entlassen.

300 Millionen unterschlagen hat der Vertrauensmann der christlichsozialen Partei, Steueramtsdirektor Ruprecht von Pottenstein. Als christlichsozialer ist er auf freier Fuß geblieben.

Ein Häufjehnjähriger hat sich in Wien niedergekniet. Schwer verwundet sagte er im Spital: „Meine Mutter kann mich nicht mehr erhalten, da ist es besser sterben. Die anderen können leichter leben, wenn sie um einen Esser weniger sind.“

Wachmann Nr. 801 hatte am 15. Juli ohne Grund einen Mann von rückwärts erschossen. Der Staatsanwalt weiß es und doch wird gegen den Wachmann keine Untersuchung eingeleitet. — Warum auch? Die Schützen wurden doch belobt.

Schober's Rücktritt wurde von Karl Kraus, dem Herausgeber der „Fackel“, in Plakaten gefordert. Das wird den Blut-Schober wenig ähren.

Wegen „Anfechtung“ von Militärpersonen wurden in Frankreich verurteilt: Beklager, einflussiger Herausgeber der „Humanité“, zu 10 Jahren; Ramoussaut, Generalsekretär der Gewerkschaft, zu 4 Jahren; Glamanus, Deputierter, zu 8 Jahren, und Gay, jetziger Herausgeber der „Humanité“, auch zu 8 Jahren. Die Genannten sind Mitglieder der R. P. Frankreichs.

Gegen die Aufhebung des § 144 haben die Bürgerlichen im Nationalrat anlässlich der Strafgesetzbearbeitung gesprochen.

Soll man der Wiener Polizei glauben? Die Polizei teilt mit: Der 34-jährige Kaufmann Leopold Konecny, 9. Bez., Bethovengasse 7, der sich als Pöstling im Polizeigebäude befand, ist Samstag abends auf der Treppe des Gebäudes so unglücklich gestürzt, daß er eine Quetschung der Lendenwirbelsäule mit Lähmung an beiden Beinen erlitt und von der Rettungsgesellschaft in das Invalidenthospital gebracht werden mußte.

Eine Lumperei.

Damit für die Julioverhandlungen reaktionäre Schiffe zur Verfügung stehen, hat das Justizministerium eine Schiebung unternommen. Zwei Arbeiterschiffe, die an der Reihe waren, wurden übergangen und eine Doktorwitwe und ein Unternehmer an ihre Stelle gesetzt. Das Justizministerium muß weg. —

Englische Arbeiterdelegationen zur Jahrestagung nach Sowjetrußland.

In England hat sich ein Zentralkomitee zur Organisierung von Delegationen nach Sowjetrußland zur Feier des 10-jährigen Bestehens gebildet. Außer den beiden Kommunisten Harry Collet und Tom Mann gehören bedeutende Führer der englischen Ge-

werkschaften dem Komitee an, z. B. der Führer der Bergarbeiter, Cool, der erste Sekretär des Holzarb.-Verb., Hossip., George Pids, der Vorsitzende des Generalrates der Gewerkschaften, dann Ben Tillet und Walker. Es sollen über 70 Arbeiter und bekannte Führer der Wissenschaft und Kunst nach Rußland entsendet werden.

Auch die Freidenker-Internationale für Arbeiterdelegationen.

Die Exekutive der Internationale proletarischer Freidenker — Sitz Wien — unter Vorstß Hartwig hat beschlossen, an die Regierung der D. S. S. M. ein Schreiben zu richten, worin sie ihre Bereitwilligkeit, Delegationen zur Jahrestagung zu entsenden und ihrerseits alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Abwehrkräfte des Proletariats, insbesondere der Freidenker gegen Einkreisungspolitik Englands, gegen die Kriegsgesfahr zu verstärken, ausdrückt. Alle der J. P. F. angeschlossenen Organisationen werden in diesem Sinne aufgefordert. Wird die österreichische Sektion diesem Beschluß folgen?

Der rote Späher

Erzählung aus Sibirien
beginnt in Nr. 35 des „Mahnung“

Arbeitslose!

die in den Bezug der Seipelschen Hungerrente kommen, bestellen, wenn sie zum letzten Male bei der Finanz das Geld holen, bei den Genossen Kolporteuren den „Mahnung“! Das ist wichtig, damit sie mit uns in Verbindung bleiben und durch den „Mahnung“ weiter informiert werden.

Wir ersuchen um rasche Begleichung der Bezugsgebühren!

(Unentgeltlich.)

Zwei arbeitslose Frauen, obdachlos, mit einem kleinen Kinde, bitten gegen kleines Entgelt um Unterkunft. Zuschrift an Verwaltung des „Mahnung“ erb.

Ein Debüt.

Von Henry Douville.

(Übersetzt von Otto Fleck)

Die Nacht ist eisig kalt — verlassen sind die Quais; an ihrem Ende gehen ein paar Leute vorbei. Nur eine Frau läuft auf und ab. Sie ist geschminkt, doch noch jung. Ihr Gesicht ist beinahe schön zu nennen, trotz der Müdigkeit, die es beschattet. Gleichmäßig, einträglich klingt ihr Schritt auf dem Asphalt, der ihr Schattenbild als unbestimmte Karikatur zeigt. Denn ein dicker Nebel liegt über der schlafenden Stadt, daß die Laternen nur unbestimmt leuchten und sich verschwommen im Wasser spiegeln.

Die Frau läuft auf und ab, blickt manchmal ins Wasser, dessen zitternde Reflexe ihren Blick fesseln. Das ist ihre einzige Ablenkung von dem qualenden Gedanken: „ein „Freier“ wird nicht mehr kommen und sie am Tage — dessen erste Stunde eben geschlagen hat — nichts zu essen haben.“

„Es ist zu spät“, denkt sie.

„Am Tage vorher war sie von einem Arbeitsnachweis zum anderen gelaufen. Erfolglos. Schon drei Wochen hat sie nichts verdient. Und muß doch essen und ihr Zimmer bezahlen. So blieb ihr nur der „Strich“. Bis sie wieder eine Stellung finden würde. — Oder hat sie einen schlechten Ort gewählt? Aber auf

den Boulevards . . . das ist zu gefährlich. Sie hat keine Karte, auch ihre Kleidung ist nicht gut genug.“

Endlich kommt jemand vorbei. Sie spricht ihn an — unsicher und ohne Hoffnung. Der Mann geht weiter, als höre er sie nicht.

Wieder hallen ihre gleichmäßigen, wie automatischen Schritte auf dem Asphalt. Von der nahen Kirche erkönen zwei Halbstundenschläge, andere Uhren antworten, dann ist es still.

„Schon halb zwei . . . schon! Und sie hat noch nichts. Ein elender Beruf. Sie wird ihn nicht lange ausüben.“

Pföhllich unterbrechen schneidende kreischende Pfiffe ihren Monolog. Sie weiß schon soviel, es bedeutet „Alarm!“ Die Streife kommt!

Das Echo der Pfiffe hallt von allen Seiten.

„Fliehen! Aber wohin?“

Von den Quais schießt sie in eine stille Seitenstraße und weiß nicht, ob sie nicht geradewegs in den Klauen des Wolfes stürzt.

Mit einemmal steht sie viele Frauen, die wie sie einen Winkel zum Verbergen suchen.

Die Pfiffe kreischen, die Dirnen rennen, überrennen einander, denn jede will rasch ein Versteck in einer Mauernische oder einem Torweg finden. Sie versteckt sich mit einer Gruppe alter verbrauchter Dirnen in der Passage einer Möbelhandlung.

Harte Tritte klappen auf das Pflaster; die „Neute“ kommt an dem Versteck der Dirnen vorbei, ohne sie zu entdecken. Da atmen die Dirnen auf. Eine Neugierige hat das Tor geöffnet, blickt hinaus und berichtet ihren Gefährtinnen:

Am Straßenende ist eine Frau auf der Flucht hingefallen. Raum wird sie aufstehen können, bis die „Neute“ bei ihr ist. Wie soll sie entkommen? „Sie ist aufgestanden“, ruft die Beobachterin. Alle drängen sich zur Tür, um etwas zu sehen.

Aber nur wenige Meter trennen die Arme von ihren Verfolgern, und ihre Füße tragen sie nicht mehr. Wieder schlägt sie auf den Boden und bleibt liegen. Man hört ein rohes Lachen. Sie hat zweifellos ihre Verfolger beschimpft, denn sie schlagen die Dirne.

Nicht weit stehen in einem Hausflur fünf andere Dirnen, die der Szene gleichmäßig zusehen. Sie denken: da ist nichts zu machen. Schon morgen kann es ihnen ebenso gehen.

Die Unglückliche schluchzt laut.

Einige Frauen benehmen die Ablenkung der Verfolger, um rasch in der nächsten Querstraße zu verschwinden.

Bald wird alles wieder ruhig, das Pfeifen hat aufgehört. Die Gefahr für die Dirnen ist vorbei und mit der Gefahr ihre Wut. Mit ihren rauhen Stimmen besprechen sie den Vorfall. Schließlich geht jede wieder auf ihren Posten, um noch etwas zu verdienen.

(Schluß folgt.)